

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

ersch. 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren  
Abn. Vertretungen monatl. 2.80 M., viertel. 11.40 M. Durch die Post monatl.  
2.90 M., viertel. 11.50 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den  
Leserträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-  
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11.  
Herausg. v. H. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: Die 43 mm breite Zeile  
10 Pf., die 20 mm breite Reklamzeile 3.— M.; außerhalb: 75 Pf. beginn. 4.— M.  
Ausland 2.— beginn. 6.— M. Rabat H. Tarif. Sonderbelegen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 214

Freitag, 7. Mai 1920.

74. Jahrgang

### Was die Regierung eingesteht.

In der preussischen Landesversammlung hat der Landwirtschaftsminister Braun bei der Ernährungsdebatte erklärt, daß nicht nur der völlige Zusammenbruch der Ernährungsindustrie von keinem Sachverständigen mehr abgelehnt werden kann, sondern daß es auch geradezu Wahnsinn wäre, wenn man in diesem Augenblick höchster Gefahr, in dem unsere Volksernährung schwebt, an irrationale, sozialistische Experimente denken und in das feindliche Gewebe der Privatwirtschaft eingreifen wolle, um den Großbetrieb zu sozialisieren. „Obwohl ich nicht übersehe“, hat der Minister, „daß die Ernährungsindustrie uns überhaupst das Durchkommen bis zum heutigen Tage ermöglicht hat, so hat die Ernährungsindustrie doch auch bis zu einem gewissen Grade schon während des Krieges produktionshemmend gewirkt und wirkt auch heute noch so. Wenn der Landwirt im Kriege auch ein gutes Geschäft gemacht hat, so kommt er bei der sprunghaften Steigerung der Preise für alle Hilfsmittel der Landwirtschaft heute nicht mehr auf seine Rechnung. Dieser Zustand ist für die Dauer unhaltbar. Man kann den Landwirten nicht zumuten, ein Erzeugnis für einen halben Preis zu liefern, während sie für notwendige Anschaffungen den fünf- bis zehnfachen Preis anlegen müssen.“

Darauf bemerkt die „Mittelrheinische Nassauische Bauernzeitung: „Es lohnt sich, diesen Ausführungen des Landwirtschaftsministers gegenüber daran zu erinnern, wie sich die amtlichen Stellen bisher zu den Forderungen der Landwirtschaft verhalten haben. Am 4. Juni vorigen Jahres sagte der Minister Schmidt wörtlich: „Ich spreche den Landwirten jede Kenntnis von Volkswirtschaft und Marktverhältnisse ab. Sie können nicht über ihren Hof hinaussehen.“

Schmidt und Braun, die wohl ihr Leben Kartoffeln rauchen, aber noch nie angebaut haben, waren eben klüger als die warnenden Stimmen erfahrener Landwirte. Heute, acht Monate später, muß der Landwirtschaftsminister Braun das ihm sicherlich peinliche Eingeständnis machen, daß alle Verordnungen uns nicht darüber hinwegbringen, daß die Lebensmittelknappheit anhält und noch größer wird“ mit anderen Worten, daß unsere bisherige Ernährungs politik alldort verfaßt hat. Vor einem halben Jahre hatten wir schon das in Experimentieren in der Landwirtschaft durch Verordnungen und vollkommen zum Zusammenbruch führt. Heute, wie Schmidt und Braun, welche dem Landwirte die volkswirtschaftliche Erfahrung stehlen und überflüssig abspülen, müssen heute, ob sie wollen oder nicht, ganz Kleinmütler machen, daß die Landwirte doch vielleicht weiter über ihren Hof hinaussehen können als die Regierung. Das ist doch recht peinlich. Drum Schuster bleib bei deinem Feigen.“

### Die Reichskonferenz der Sozialdemokratie.

Des Reichskanzlers Müllers Widersprüche.

Die Reichskonferenz der Mehrheitssozialdemokratie hat gestern ihre Beratungen zu Ende geführt. Bei den Berechnungen ergriff auch der Reichskanzler Herr von Müller das Wort, um die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialdemokratie in Schutz zu nehmen. Er gab den Unabhängigen die Schuld, an der Notwendigkeit der Koalitionspolitik. Sie hätten nach dem 9. November das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit verhindert. Koalitionspolitik sei nicht die Wahlparole. Die Mehrheitssozialdemokratie werde den Kampf nach links an die Sozialdemokratie führen, und natürlich auch gegen die Koalitionsparteien. Wenn die Wahl keine sozialistische Mehrheit bringe, dann müsse die Partei wieder Koalitionspolitik treiben. Nach dem Kapp-Putsch habe er vorgetragen, die Unabhängigen in die Regierung aufzunehmen. Müller versprach, daß davon einen ausgezeichneten Eindruck im Ausland. Aber die Unabhängigen hätten abgelehnt, weil sie immer noch nach Moskau schielen. Herr Müller meinte, zu einer sozialistischen Regierung hätte das Ausland noch kein Vertrauen; trotzdem erklärte er im gleichen Atemzug, das Ziel der Wahlen sei für ihn sozialistische Regierung und Regierung, das heißt also Verlust des Vertrauens im Ausland. Aber die Unabhängigen wollten Müller in die Regierung nehmen, um das Vertrauen des Auslandes zu stärken. Herr Müller merkte die Widersprüche in seinen Sätzen offenbar nicht. Müller meinte weiter, das Tempo in der Entwicklung zum Sozialismus könne nur langsam sein. Auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt wies auf die Schwierigkeiten in der Sozialisierung hin. Er stellte den bemerkenswerten Satz auf, man müsse sich darüber klar sein, daß eine schnelle Preisermäßigung unter Umständen zu Störungen des Wirtschaftslebens führen könne. Mehrere Redner, darunter auch der preussische Ministerpräsident Brücker, sprachen sich gegen eine Verständigung mit den Unabhängigen aus. In einer Entschließung erklärt die Reichskonferenz, der Kampf müsse nur gegen rechts geführt werden.

### Holz schon ausgeliefert.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge lieferte nach einer amtlichen Mitteilung der sächsische-ministerialen Regierung die sächsische den kommunalen Holz gemäß den Grundsätzen des Wiener internationalen Rechts auf den Antrag der sächsischen Regierung hin an Sachsen aus.

### Frankzösische Strafverfügungen in Frankfurt.

dz. Frankfurt, 7. Mai.

Der General der Rheinarmee hat dem Polizeipräsidenten Ehrler eine Geldstrafe von 10 000 Mark auferlegt, da er den Militärbehörden nicht, wie er die Pflicht gehabt hätte, alle Arten von Waffen, die zur Bewaffnung der Polizei bestimmt waren, angegeben hatte und sie sich in ansehnlich hoher Zahl zur Ausstattung der Polizei vorfinden. Zur Aufbewahrung der Waffen sei die Genehmigung nicht eingeholt worden.

Stadtvorordnungsverstoß der Hopt, der am 20. April die Stadtvorordnetenversammlung aus Anlaß der Erhaltung des Geschäftsverkehrs mit einer Erklärung einleitet hatte, die auf die Bekämpfung der Stadt durch die Franzosen Bezug nahm und den Protest der hiesigen Behörden gegen die Besetzung nochmals zum Ausdruck brachte, wurde vom General der Rheinarmee in eine Geldstrafe von 10 000 Mark angenommen, weil dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden habe.

### Verurteilung eines Trierer Kommerzienrats.

Der Kommerzienrat Rautenbach in Trier ist durch ein französisches Militärgericht vor einiger Zeit zu 14 Tagen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er gesprächsweise die Anwesenheit der Franzosen im besetzten Gebiet als unerwünscht bezeichnet hatte. Am 23. April ist der Verurteilte zur Verbüßung seiner Strafe abgeführt worden. (A. B.)

### Frankzösische Einfuhrverbote im Saargebiet.

dz. Saarbrücken, 7. Mai.

Die neuen französischen Einfuhrbestimmungen, die zur Dehnung der französischen Saluta dienen sollen, werden seit gestern auch im Saargebiet angewandt, obwohl der Friedensvertrag die Einfuhrbestimmung des Saargebietes nur in den französischen Zollverband, nicht in das französische Wirtschaftssystem verleiht. Diese französischen Einfuhrverbote umfassen nicht nur Luxusgegenstände, sondern auch Artikel, die für den Lebensbedarf unbedingt notwendig sind. Gegenstände der Bekleidungsbranche, reißlos alle Textilien, fast alle Möbel, fast alle Haushaushaltsgegenstände und Lederwaren, wichtige Lebensmittel usw. Da das Saargebiet für den Bezug seiner Gebrauchsgüter nahezu vollständig auf Deutschland angewiesen ist, so bedeutet diese Beschränkung einerseits einen erheblichen Schaden der ohnehin schon sehr hohen Preise. Die Regierungskommission wird sich in diesen Tagen nach Paris begeben, um die Maßnahmen der für das Saargebiet verhängnisvollen Bestimmungen zu erlangen und dem Völkerbund ein Protestschreiben zu überreichen. Ein weiteres Protestschreiben des Wirtschaftsrates des Saargebietes, der gestern in dieser Angelegenheit seine Sitzung in Händen des Vorsitzenden des Völkerbundes angehalten werden.

### Die Streiklage in Frankreich.

Der von amtlicher Seite kommende Hauptbericht über die Streiklage in Frankreich erklärt, daß sich der Verkehr wieder der normalen Lage nähert. Der Streik wäre als beendet anzusehen, wenn die Führer sich nicht der Wiederaufnahme der Arbeit widersetzen. Auch in den Häfen sei die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen worden, ebenso in den Bergwerken. Es sind weitere Verbesserungen erfolgt. U. a. wurde das Mitglied des sozialistischen Verbandes der Seine vorhaftet wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates. Vorlet war von Lenin zum Vertreter der Sowjetregierung in Westeuropa ernannt worden. Die Metallarbeiter in der Umgebung von Paris haben sich dem Ausstand angeschlossen, ebenso sind Angestellte der Lagerhäuser in Marseille in den Streik getreten. Die Regierung lehnt Verhandlungsvorschläge mit dem Allgemeinen Arbeiterverband ab.

### Deutschland in Spa.

Der „Temps“ dringt darauf, daß die deutschen Vertreter in Spa nur als Zuhörer anwesend sein sollten. In Berlin hat diese Meinung, wie die „Alln. Ztg.“ hört, großes Echo hervorgerufen. In diesem Falle wäre, so meint man an amtlicher Berliner Stelle, eine Reise der deutschen Minister nach Spa überflüssig, sie wäre nur eine Demütigung für das deutsche Volk.

Die deutsche Regierung beabsichtigt, die in der neutralen Zone befindlichen Truppen binnen wenigen Tagen auf das vorgeschriebene Maß zu verringern. Wie die „Alln. Ztg.“ hört, ist inzwischen auch dem General Kollei davon unter der Hand Kenntnis gegeben worden. Die französische Regierung dürfte sich nach dem Zeitpunkt der Verrückung veranlassen, die Besetzung des Waingaus nicht mehr weiter zu verlängern.

### Die Reichskonferenz.

Die Reichskonferenz ist nunmehr endgültig auf 11. bis 13. Juni festgesetzt worden. Sie wird am 11. Juni, vormittags 10 Uhr, im Reichstagsgebäude eröffnet.

### Die Frauen und die Deutsche Volkspartei.

Vortrag von Clara Wende in einer glänzenden veranordneten Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hielt gestern Abend in der Aula des Lyzeums am Hofplatz eine sehr stark besetzte öffentliche Wahlversammlung ab, in der Frau Clara Wende aus Berlin, Mitglied der Nationalversammlung, über die Frauen und die Deutsche Volkspartei sprach. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Sanitätsrat Dr. Dornblüth eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten und wies darauf hin, daß er schon vor 25 Jahren in einem Vortrag darüber gesprochen habe, daß die geistige Tätigkeit der Frauen mindestens ebenso wertvoll sei wie die der Männer, und daß eine Tätigkeit der Frau auch auf politischem Gebiet wünschenswert sei. Damals habe man ihm entgegen, er sei seiner Zeit um hundert Jahre voraus. So lange habe es nun nicht gedauert. Die Revolution, die mit so manchen wertvollen und heiligen Überlieferungen ausgeräumt habe, habe wenigstens das eine Gute gebracht, daß nun auch den Frauen ihr Recht würde, an den Geschicken unseres Landes und Volkes mitzubedenken und tätigen Anteil zu nehmen. Er erteilte darauf der Rednerin des Abends das Wort.

Frau Clara Wende

zeigte sich in etwa einhundert Ausführenden als eine hervorragende Rednerin von politischer und parlamentarischer Schulung, mit Geist, Bildung und Herz. Nachdem die Frauen das Wahlrecht erlangt haben, so führte sie aus, ist es ihre Pflicht, sich der Partei anzuschließen, deren Ziele sie für sich als die richtigen erkannt haben. „Es kommt heute nicht mehr auf die Quantität, sondern mehr auf die Qualität an, mit der die Parteien im Parlament vertreten sind. Es müssen führende Köpfe in der Partei vertreten sein, die die Massen zu leiten verstehen. Unser deutsches Reich wieder zu einem gesunden Staatswesen auszubauen, ist eine sittliche Pflicht, und dazu sind die besten Köpfe gut genug, ganz gleich, welcher Partei sie angehören. Die Frauen, die bisher im Parlament tätig waren, haben bewiesen, daß sie in den meisten Fragen, die das Gebiet der Frau betreffen, die Sache über die Partei zu stellen wußten, und so sollte es immer sein. Auch in der auswärtigen Politik kann sich die Frau betätigen, vor allem in der Mithilfe bei der Überwachung der Auswanderung, zu der viele Frauen gezwungen sein werden, um außerhalb des deutschen Landes ihren Unterhalt zu suchen, weil der Arbeitsmarkt in Deutschland entlastet werden muß. Dabei gilt es vor allem, den Mädchenhandel unschädlich zu machen. Auch dadurch, daß die deutsche Frau in Fragen der Mode nicht mehr dem Ausland nachläßt, wie dies vor dem Kriege geschehen ist, kann sie in gewissem Sinne Auslandspolitik treiben. In Bezug auf die innere Politik ist die Arbeitsgemeinschaft anzustreben mit dem Ziel, den Wiederaufbau des deutschen Volkes und Vaterlandes zu fördern. Alle Deutsche ohne Unterschied der Partei müssen sich wieder als Glieder einer großen Arbeitsgemeinschaft anziehen. Die Arbeiterklasse sollen keine Sonderstellung einnehmen. Dies wäre ebenso ein Unglück für unser Volk, wie früher die Sonderstellung der Junker als schädlich für unseren Staatskörper bekämpft wurde. Hand- und Kopfarbeiter müssen gleichberechtigt nebeneinander bestehen können. Ein weiteres Feld für die Tätigkeit der Frauen ist die soziale Fürsorge, die Jugendberufshilfe und die Mitarbeit in der Kommunal- und Wirtschaftspolitik. Manche brüchige Einrichtung in der Lebensmittellieferung hätte vermieden werden können, wenn man die Frauen zu Rate gezogen hätte. In einer Betrachtung über unsere neue Verfassung und die jetzige Regierung stellte die Rednerin fest, daß die neue Regierung aus den Resten der alten Regierung nichts gelernt habe und daß trotz der Verfassung unserem Volke die Einheit und Größe fehlt. Als Minister des Auswärtigen könne nur ein Mann in Frage kommen, dem eine langjährige Erfahrung in der Behandlung fremder Völker zur Seite stehe. Das deutsche Volk ist in seinem inneren Kern gesund. Die kommenden Wahlen werden zeigen, daß sich manche Andäuerung und auch sonst manches geändert habe, wenn es auch die Führer der Mehrheitsparteien nicht gerne eingestehen wollen. Das deutsche Volk und das deutsche Land können aber nur dann gesund werden, wenn sich neben der politischen Erneuerung auch eine sittliche Erneuerung durchringt. Generalkreis in Generalstimmung. Nur die Arbeit kann uns das Ansehen wiedergeben und den Wohlstand, auf den wir vor dem Kriege mit Stolz blicken durften. Schließlich befaßte sich die Rednerin auch mit der Steuererleichterung und stellte fest, daß auch die neue Steuererleichterung nicht imstande sein werde, Deutschland aus seiner finanziellen Notlage zu befreien. Mit der Aufforderung, die Frauen möchten sich der Partei anschließen, die für sie die richtige ist, — und das könne nach ihrer Meinung nur die Deutsche Volkspartei sein — schloß die Rednerin ihren oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Vortrag.

Für die Diskussion war eine Rededauer von 5 Minuten zur Stellung von sachlichen Anfragen an die Referentin vorgeschlagen. Stadtvorordnungsverordneter (Soz.), der zuerst das Wort erhielt, versuchte mit den bekannten, in seiner Partei beliebt gewordenen hohen Schallworten gegen die Rednerin und gegen die Deutsche Volkspartei, bes. die frühere nationalliberale Partei zu polemisieren, so daß sich der Vorsitzende gezwungen sah, ihn nur auf die Stellung sachlicher Anfragen zu verweisen. Da der Redner aber fortfuhr, immer aufgeregter eine sozialdemokratische Parteilinie zu halten, begann die Versammlung lebhaft zu protestieren und drohte den Saal zu verlassen. Erst nach einiger Zeit gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Es sprach noch der sozialdemokratische Stadtvorordnete Dornblüth, der die bürgerlichen Parteien dafür verantwortlich machen wollte, daß eine rechtzeitige Bekämpfung

